

Gewerkschaftsforum Hannover:

Der folgende Artikel erschien deutlich gekürzt in einem Umfang von 5.407 Zeichen in der „*jungen Welt*“ vom **22.8.2008**. Hier die komplette Originalversion (6.968 Zeichen).

Schwedisches Modell bröckelt

Gewerkschaften wollen Sozialpartnerschaft mit Werbekampagnen und Einschränkungen bei Kündigungsschutz und Streikrecht retten

Wal demar Bol ze

Jahrzehntelang galt Schweden unter Sozialdemokraten als Modell für den „*Dritten Weg*“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Inzwischen bröckelt das „*Volksheim*“ an allen Ecken und Enden. Während die Sozialdemokratische Partei auch in Schweden nach dem Fall der Mauer und dem Beginn der „*Globalisierung*“ in die „*Neue Mitte*“ gerückt ist und bis zu ihrer Abwahl im September 2006 eine neoliberale Politik betrieb, wollen die Gewerkschaften ihren zunehmenden Bedeutungsverlust nun mit größerer Verzichtsbereitschaft stoppen.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist seit 1993, als er infolge der schweren Wirtschaftskrise seinen höchsten Punkt erreichte, von 85% auf 72% im Oktober 2007 gefallen, wobei der Niedergang unter den Arbeitern noch stärker ausfiel als bei den Angestellten. Besonders besorgniserregend ist allerdings, dass von den Beschäftigten im Alter von 16 bis 24 Jahren nur noch 52% Mitglied einer Gewerkschaft sind und sich der Mitgliederverlust in den letzten zwei Jahren deutlich beschleunigte. Der größte Gewerkschaftsbund, die Landsorganisationen i Sverige (LO) verlor allein im vergangenen Jahr 130.000 Mitglieder. Dem Zentralverband der Angestellten (TCO) erging es ähnlich, während die Akademikerzentralorganisation (SACO) noch am besten abschnitt. Auch aufgrund der höheren Anzahl von Universitätsabsolventen unter den abhängig Beschäftigten konnte sie ihre Mitgliederzahl seit den 90er Jahren um 120.000 erhöhen und erlebte erst im vergangenen Jahr einen Verlust von 1%.

In Mittel- und Südeuropa könnte das als Leiden auf beneidenswert hohem Niveau betrachtet werden, liegt doch der Organisationsgrad in Deutschland gerade mal bei gut einem Drittel. Die zahlenmäßige Stärke der schwedischen Gewerkschaften hängt allerdings in starkem Maße mit ihrer Rolle in der Arbeitslosenversicherung zusammen. Bislang besitzen sie das Monopol darauf, weshalb von der LO-Vorsitzenden Wanja Lundby-Wedin und ihren Vorstandskollegen in erster Linie die Reform der Sozialversicherung für den eigenen Niedergang verantwortlich gemacht wird. Da die staatlichen Zuschüsse zur Arbeitslosenunterstützung seit Einführung des

alten Systems im Jahr 1935 von einem Drittel auf 87% der Leistungen gestiegen waren, beschloss die neue konservativ-liberale Regierung Reinfeldt unmittelbar nach ihrem Amtsantritt im Oktober 2006 tief greifende Veränderungen. So wurden die Beiträge ab dem 1. Januar 2007 auf monatlich 300 Kronen (31,73 Euro) angehoben, die Zugangsbedingungen heraufgesetzt, die Leistungen gesenkt und die Zumutbarkeitsbedingungen verschärft. Angesichts der guten Wirtschaftsentwicklung verzichteten viele Beschäftigte fortan auf eine solche Absicherung.

Das untergräbt nicht nur die tarifpolitische Verhandlungsposition der drei großen Gewerkschaftsbünde, sondern bedeutet auch einen empfindlichen Einnahmeverlust, da die Versicherungsbeiträge auch zur Finanzierung ihrer Apparate dienen. Die Reaktion erfolgt auf zwei Ebenen. Zum einen haben LO und TCO umfangreiche Mitgliederwerbekampagnen gestartet. Während die vor allem Arbeiter organisierende LO etwas hölzern „Für ein stärkeres Gewicht der Gewerkschaft!“ wirbt, initiierte die Zentralorganisation der Angestellten gleich eine „Gewerkschaftstransformation“. Über eine virtuelle Internetplattform können Mitglieder Veränderungsvorschläge machen, ohne sich von ihrem Sessel zu erheben und an einer realen Versammlung teilnehmen zu müssen. Dass damit, wie proklamiert, bis 2012 die große „Wende“ gelingt, glauben vermutlich nicht einmal die führenden Funktionäre.

Zumindest signalisieren sie parallel dazu den Arbeitgeberverbänden großes Entgegenkommen, sofern diese zu einer Fortsetzung des sozialpartnerschaftlichen Modells bereit sind. Mit mehr als 30 Jahren Verspätung haben diese nun bemerkt, dass das am 20. Dezember 1938 geschlossene „Abkommen von Saltsjöbaden“ in den 70er Jahren von den Gewerkschaften aufgekündigt wurde, weil damals der Staat Kündigungsschutz und Mitbestimmung gesetzlich verankerte, was zwar dem Wunsch vieler Arbeitnehmer entsprochen habe, aber nicht dem vereinbarten Prinzip der Tarifautonomie. „Das Gleichgewicht hat sich zugunsten der Gewerkschaften verschoben“, klagt der Vizepräsident des Unternehmerverbandes Svenskt Näringsliv, Jan-Peter Duker.

Für die Forderungen nach einer Abschaffung des gesetzlichen Kündigungsschutzes zugunsten einer möglichst lockeren Vereinbarung auf tariflicher Ebene und eine Reglementierung des Streikrechts sind LO, TCO und SACO offen. „Wir sagen niemals Nein zu Verhandlungen“, erklärt der stellvertretende LO-Chef Erland Olausson. Gemeinsam mit der Gegenseite wehren sie sich zudem gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, von dem sie – ähnlich wie die IG BCE hierzulande – eine Verschlechterung des Lohnniveaus erwarten und den sie als Eingriff in ihre „Kompetenzen“ ablehnen.

Im Nacken sitzt den Gewerkschaften dabei nicht nur die bürgerliche Regierung im eigenen Land, sondern auch die EU-Bürokratie und ihre Richter. Ein einschneidendes Erlebnis war der Urteilsspruch des Europäischen Gerichtshofes, der im Dezember 2007 die Kampfmaßnahmen gegen die lettische Baufirma Laval für unrechtmäßig erklärte. Laval hatte 2004 eine Schule in Vaxholm vor den Toren Stockholms renoviert. Die Firma zahlte den lettischen Bauarbeitern Löhne, wie sie in Lettland üblich waren, ein schwedisches Tarifabkommen wollte sie nicht abschließen. Die schwedische Baugewerkschaft blockierte daraufhin die Baustelle und zwang die Firma nach einigen Wochen zur Aufgabe. Das zuständige Arbeitsgericht verwies die Frage wegen der Freizügigkeit innerhalb der EU jedoch an den Europäischen Gerichtshof. Der urteilte daraufhin, dass es ausländischen Unternehmen nicht

zuzumuten sei, sich an die komplizierten schwedischen Arbeitsmarktregeln zu halten und diese dem EU-Recht angepasst werden müssen.

Die Gewerkschaftsführungen setzen demgegenüber auf Nostalgie. Das gilt auch für die auf dem LO-Kongress Anfang Juni noch einmal bekräftigte „*enge Kooperation*“ mit der Sozialdemokratischen Partei. Die Arbetarepartiet-Socialdemokraterna hatte allerdings im September 2006 mit 35% (- 4,9%) ihr schlechtestes Ergebnis seit Einführung des allgemeinen Wahlrechts erzielt – die Quittung für eine wenig „*arbeitnehmerfreundliche Politik*“. Da auch die aus der KP hervorgegangene Linkspartei Vänsterpartiet 2,5% einbüßte und auf 5,85% absackte, ist eine „*befreundete Regierung*“ inhaltlich wie zahlenmäßig in näherer Zukunft wenig wahrscheinlich.

Umso fataler wäre eine gewerkschaftliche Selbstdemontage. Eine Lockerung des Kündigungsschutzes und eine Einschränkung des Streikrechts würde die Bedingungen der Jugendlichen, die massiv unter prekärer Beschäftigung in Form von Zeitverträgen oder Teilzeitarbeit leiden, weder verbessern noch sie vom Nutzen gewerkschaftlicher Organisierung überzeugen.

Vorbemerkung: Gewerkschaftsforum Hannover

Kontakt: gewerkschaftsforum-H@web.de